

PRESSEINFORMATION 34/2026

BWIK-Konjunkturumfrage: Baden-Württembergs Wirtschaft tritt weiter auf der Stelle

Unternehmen blicken deutlich pessimistischer auf die kommenden Monate – Energiepreise rücken wieder in den Fokus

Stuttgart, 18. Mai 2026 – Die baden-württembergische Wirtschaft tritt weiter auf der Stelle – ein nachhaltiger Aufschwung lässt auf sich warten. Die Folgen des Konflikts im Nahen Osten schlagen sich bislang noch nicht in vollem Umfang in den laufenden Geschäften nieder. Der Blick auf die kommenden Monate fällt jedoch deutlich pessimistischer aus. Das zeigt die aktuelle Konjunkturumfrage der zwölf Industrie- und Handelskammern in Baden-Württemberg, an der sich zwischen Mitte April und Anfang Mai mehr als 3.600 Unternehmen aller Größen und Branchen beteiligt haben.

„Die Wirtschaft steht weiter unter massivem Druck. Die neue Landesregierung hat das erkannt und dem Thema Wirtschaft im Koalitionsvertrag oberste Priorität gegeben. Für Unternehmen kommt es jetzt aber vor allem auf die Geschwindigkeit an. Es zählt, was möglichst schnell in den Betrieben ankommt“, sagt Claus Paal, Vizepräsident des Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertages (BWIHK) und Präsident der im BWIHK für das Thema Volkswirtschaft federführenden IHK Region Stuttgart. „Der Ansatz ‚Vertrauen statt Kontrolle‘ ist gemeinsam mit dem geplanten konsequenten Bürokratieabbau genau der richtige Weg. Mit unserem KI-gestützten Tool haben wir erstmals systematisch analysiert, welche Berichtspflichten Unternehmen tatsächlich belasten. Dieses Wissen kann helfen, Bürokratie gezielt und praxisnah abzubauen – und wir bringen unsere Erkenntnisse gerne in den weiteren Prozess ein.“

Geschäftserwartungen kippen deutlich ins Negative

28 Prozent der Unternehmen bewerten ihre aktuelle Geschäftslage als gut, 21 Prozent als schlecht, was in etwa den gleichen Werten wie zu Jahresbeginn entspricht. Eine deutliche Veränderung gibt es dagegen bei den Geschäftsaussichten: Nur noch 17 Prozent der befragten Betriebe rechnen mit besseren Geschäften in den kommenden zwölf Monaten (Jahresbeginn: 19 Prozent), während 28 Prozent von einer Verschlechterung ausgehen – das sind sieben Prozentpunkte mehr als zu Jahresbeginn.

Energiepreise zählen für 60 Prozent zu den größten Geschäftsrisiken

Besonders deutlich zeigt sich die Verunsicherung bei den Risiken: 61 Prozent der Unternehmen sehen nach wie vor in der schwachen Inlandsnachfrage das Toprisiko (JB: 65 Prozent), dicht gefolgt von den hohen Energiepreisen, die gegenüber dem Jahresbeginn um 21 Prozentpunkte auf jetzt 60 Prozent angestiegen sind. Die Arbeitskosten folgen mit 55 Prozent (minus drei Prozentpunkte) auf Platz drei. Auch geopolitische Spannungen gewinnen durch den Nahost-Konflikt stark an Bedeutung. Sie liegen mit 54 Prozent (plus 15 Prozentpunkte) auf Rang vier der Top-Risiken. Es folgen die hohen Rohstoffpreise mit 42 Prozent der Nennungen (plus 18 Prozentpunkte).

36 Prozent der Unternehmen sehen in den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen ein Geschäftsrisiko (minus zwei Prozentpunkte). Der Fachkräftemangel bleibt mit 34 Prozent trotz der schwachen wirtschaftlichen Entwicklung ein strukturelles Dauerthema (minus vier Prozentpunkte).

Aus Sicht des BWIHK-Vizepräsidenten muss die neue Landesregierung neben dem Bürokratieabbau vor allem beim Netz- und Kapazitätsausbau sowie bei Planungs- und Genehmigungsverfahren Tempo machen. Auch steuerliche Entlastungen und bessere Bedingungen für Investitionen seien dringend notwendig. „Viele Betriebe investieren derzeit vor allem in den Erhalt ihrer Substanz – nicht in Wachstum“, so Paal. „Wenn die Landesregierung wirklich etwas ändern und Investitionen, Innovationen und Beschäftigung sichern will, muss sie jetzt pragmatisch handeln und Prioritäten setzen.“

Wirtschaft bleibt bei Investitionen und Personal vorsichtig

Die Investitionsbereitschaft der Unternehmen bleibt verhalten. Hauptmotiv für Investitionen sind Ersatzbedarf (65 Prozent) und Digitalisierung (54 Prozent), während nur 19 Prozent der investierenden Unternehmen Kapazitätserweiterungen planen. Auch am Arbeitsmarkt zeichnet sich keine Entspannung ab: Wie zum Jahresbeginn rechnen auch jetzt 27 Prozent der Unternehmen mit sinkenden Beschäftigtenzahlen, nur zwölf Prozent (JB: 13 Prozent) mit zusätzlichem Personalaufbau.

Industrie: Lage vorsichtig stabil, Erwartungen weiter eingetrübt

Die Industrie in Baden-Württemberg sendet zum Frühjahr 2026 erste vorsichtige Stabilisierungssignale: 26 Prozent (JB: 22 Prozent) der Unternehmen bewerten ihre aktuelle Geschäftslage als gut, 25 Prozent (JB: 27 Prozent) als schlecht. Für die kommenden Monate

überwiegt allerdings weiter die Skepsis: 22 Prozent der Betriebe erwarten eine bessere Geschäftsentwicklung, 24 Prozent rechnen mit einer Verschlechterung. Große Sorgen bereiten den Unternehmen die geopolitischen Spannungen. Inzwischen sehen 66 Prozent (plus 12 Prozentpunkte) der Industriebetriebe darin ein Risiko für ihre Geschäfte. Auch wegen der jüngsten Entwicklungen im Nahen Osten nennen die Unternehmen die Energiekosten mit 65 Prozent als weiteres großes Risiko.

Innerhalb der **Industrie** zeigt sich ein gemischtes Bild: Während sich die Elektrotechnik sowie die Chemie- und Pharmabranche vergleichsweise robust entwickeln, bleibt die Lage in Teilen des Maschinenbaus, der Metallindustrie und des Fahrzeugbaus schwierig. Viele Unternehmen halten sich mit Investitionen zurück, gleichzeitig rechnen zahlreiche Betriebe mit weiter sinkenden Beschäftigtenzahlen.

Blick in die einzelnen Branchen

Im **Baugewerbe** hat sich die Stimmung nach dem positiven Jahresauftakt wieder eingetrübt. Hohe Energie-, Kraftstoff- und Materialpreise belasten die Unternehmen, insbesondere im Wohnungsbau sorgen zudem hohe Zinsen und eine schwache Nachfrage für Gegenwind. Als größte Risiken nennen die Betriebe Energie- und Rohstoffpreise, die schwache Inlandsnachfrage sowie geopolitische Spannungen.

Auch der **Handel** bleibt unter Druck. Viele Verbraucher halten sich angesichts gestiegener Preise und wirtschaftlicher Unsicherheit mit größeren Anschaffungen zurück. Während Lebensmittelhandel und Apotheken vergleichsweise stabil bleiben, kämpfen vor allem konsumabhängige Bereiche wie Bekleidung, Möbel oder Spielwaren mit schwacher Nachfrage. Im **Großhandel** belasten zusätzlich Unsicherheiten im internationalen Handel.

Der **Dienstleistungssektor** bleibt insgesamt die wichtigste Stütze der Wirtschaft, auch wenn sich die Stimmung zuletzt eingetrübt hat. Vor allem IT- und Informationsdienstleister sowie Unternehmensberatungen profitieren weiter von Digitalisierung und Transformationsprojekten. Dagegen geraten etwa Werbung, technische Beratung und einzelne personenbezogene Dienstleistungen stärker unter Druck.

Im **Verkehrssektor** haben sich die Erwartungen der Unternehmen deutlich verschlechtert. Hauptbelastung sind die stark gestiegenen Energie- und Kraftstoffpreise infolge des Iran-Konflikts. Gleichzeitig verschärfen hohe Arbeitskosten und der anhaltende Fachkräftemangel die Situation.

Das **Gastgewerbe** bleibt ebenfalls stark unter Druck. Steigende Energie- und Lebensmittelpreise sowie die zurückhaltende Konsumstimmung belasten Hotellerie und Gastronomie gleichermaßen. Viele Betriebe verschieben Investitionen und rechnen mit weiter sinkenden Beschäftigtenzahlen.

Ansprechpartner für Medienschaffende:

BWIIHK | FF Volkswirtschaft
IHK Region Stuttgart
Franziska Stavenhagen
Telefon 0711 2005 1317
E-Mail: franziska.stavenhagen@stuttgart.ihk.de

Diese und weitere Pressemeldungen finden Sie [hier](#).

Der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag (BWIIHK) ist eine Vereinigung der zwölf baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern (IHKs). In Baden-Württemberg vertreten die zwölf IHKs die Interessen von mehr als 650.000 Mitgliedsunternehmen. Zweck des BWIIHK ist es, in allen die baden-württembergische Wirtschaft und die Mitgliedskammern insgesamt betreffenden Belangen gemeinsame Auffassungen zu erzielen und diese gegenüber der Landes-, Bundes- und Europapolitik sowie der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) und anderen Institutionen zu vertreten.